

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2014

zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999

zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und der Republik Usbekistan

zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Problem und Ziel

Im Verhältnis zu Usbekistan war bisher nur ein veralteter Informationsaustausch möglich, da das geltende Doppelbesteuerungsabkommen mit Usbekistan vom 7. September 1999 (BGBl. 2001 II S. 978, 979) noch nicht den Standard enthielt, wie ihn die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Rahmen des Programms zur Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs entwickelt und in das OECD-Musterabkommen 2005 übernommen hat.

B. Lösung

Das Protokoll vom 14. Oktober 2014 zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen enthält die dafür notwendigen Regelungen. Es vollzieht hinsichtlich des Informationsaustausches die Aktualisierungen des OECD-Musterabkommens 2005 nach. Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Protokolls vom 14. Oktober 2014 geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen. Mithilfe der durch das Änderungsprotokoll ermöglichten Ausweitung des Informationsaustausches zur Durchführung des innerstaatlichen Steuerrechts sowie der Einführung einer Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern sollen künftig Steuerausfälle verhindert werden.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Das Protokoll hat keine messbaren Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entstehen durch das Protokoll keine messbaren Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten:

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Das Protokoll erweitert den steuerlichen Informationsaustausch (Artikel 1) im Verhältnis zu Usbekistan. Insoweit werden durch das Protokoll erweiterte Pflichten für die Verwaltung eingeführt. Eine Quantifizierung ist mangels belastbarer Daten allerdings nicht möglich. Da der Kreis der Betroffenen jedoch sehr gering sein dürfte, ist für die Verwaltung mit nicht messbaren Auswirkungen zu rechnen. Daneben ergeben sich ebenfalls nicht messbare Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Verwaltung im Hinblick auf die Verfahrensregelungen zur Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern (Artikel 2) sowie die Auskunftserteilungspflichten an den Betroffenen über die Verwendung seiner Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse (Artikel 3).

F. Weitere Kosten

Kosten für die Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 15. Juni 2015

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2014 zur
Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur
Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom
Einkommen und vom Vermögen

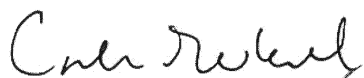
mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 934. Sitzung am 12. Juni 2015 beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2014
zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. Oktober 2014 unterzeichneten Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2001 II S. 978, 979) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 4 Satz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes erforderlich, da das Protokoll Regelungen über Verwaltungsverfahren enthält, die sich auch an die Landesfinanzbehörden richten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Protokoll nach seinem Artikel 4 Satz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Das Protokoll vom 14. Oktober 2014 ermöglicht den deutschen Finanzbehörden, Auskünfte in Steuersachen in einem größeren Umfang als bisher von den usbekischen Finanzbehörden einzuholen. Zusätzlich wird die Zusammenarbeit der Finanzbehörden durch die Einführung einer Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern entsprechend dem OECD-Standard 2005 gefördert. Dadurch wird eine zutreffendere Besteuerung erwartet. Kosten für die Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

**Protokoll
zur Änderung und Ergänzung
des Abkommens vom 7. September 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Протокол
о внесении изменений и дополнений в Соглашение
между Федеративной Республикой Германия
и Республикой Узбекистан
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество
от 7 сентября 1999 года**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Usbekistan,
im Folgenden als „Vertragsstaaten“ bezeichnet –

in Übereinstimmung mit dem Abkommen vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet),

von dem Wunsch geleitet, die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und die Zusammenarbeit auf steuerlichem Gebiet zur Gewährleistung einer wirksamen und zutreffenden Steuererhebung zu vertiefen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 26 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung oder Erhebung, der Voll-

Федеративная Республика Германия

и

Республика Узбекистан,

далее именуемые «Договаривающиеся Государства»,

в соответствии с Соглашением между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество от 7 сентября 1999 года (далее именуемым «Соглашение»),

желая далее развивать двусторонние экономические отношения и углублять сотрудничество в области налогов для обеспечения действенного и верного взимания налогов,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

Статью 26 Соглашения изложить в следующей редакции:

«Статья 26

Обмен информацией

(1) Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются информацией, которая может считаться существенной для осуществления настоящего Соглашения или для администрирования или реализации национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов любого вида или наименования, взимаемых от имени Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, в той части, в какой налогообложение по этому законодательству не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статей 1 и 2 настоящего Соглашения.

(2) Любая информация, полученная Договаривающимся Государством согласно пункту 1 настоящей статьи, должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные

streckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung über Rechtsbehelfe hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Für diese Zwecke dürfen die Informationen in einem verwaltungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat.

(3) Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Betriebs-, Geschäfts-, Gewerbe-, Handels- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat nach diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn er diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die in Satz 1 enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.“

Artikel 2

Das Abkommen wird durch Artikel 26a mit folgendem Inhalt ergänzt:

„Artikel 26a

Amtshilfe bei der Steuererhebung

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amtshilfe wird durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können durch Verständigung regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

organe), которые занимаются начислением или взиманием налогов, упомянутых в пункте 1 настоящей статьи, принудительным взысканием или уголовным преследованием, принятием решений по возражениям и жалобам в отношении этих налогов, либо надзором за такой деятельностью. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. В указанных целях информация может быть раскрыта в ходе предварительного расследования по административным или уголовным делам, в ходе открытого судебного заседания или в судебном решении. Несмотря на предыдущие положения информация, полученная одним Договаривающимся Государством, может быть использована в иных целях, если она в соответствии с законодательством обоих Государств может быть использована в этих иных целях и если компетентный орган передающего Государства выразил свое согласие с таким использованием.

(3) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не должны истолковываться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- a) проводить административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) предоставлять информацию, которая в соответствии с законами или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;
- c) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо производственную, коммерческую, предпринимательскую, торговую или профессиональную тайну либо деловую процедуру, или предоставление которой противоречило бы общественному порядку (ordre public).

(4) Если Договаривающееся Государство запрашивает информацию согласно положениям настоящей статьи, то другое Договаривающееся Государство предпринимает имеющиеся в его распоряжении меры для получения запрошенной информации даже в случае, если это другое Государство для собственных налоговых целей в такой информации не нуждается. Обязательство, предусмотренное в первом предложении настоящего пункта, подлежит ограничениям, установленным пунктом 3 настоящей статьи, но эти ограничения не должны истолковываться, как позволяющие Договаривающемуся Государству отказать в предоставлении информации только лишь на том основании, что оно само в национальных налоговых целях в такой информации не заинтересовано.

(5) Пункт 3 настоящей статьи не должен истолковываться, как позволяющий Договаривающемуся Государству отказать в предоставлении информации только лишь на том основании, что такой информацией располагает банк, иная кредитная организация, номинальный держатель, агент или доверительный управляющий или что такая информация касается долевых имущественных интересов применительно к какому-либо лицу».

Статья 2

Дополнить Соглашение статьей 26a следующего содержания:

«Статья 26a

Административная помощь при взимании налогов

(1) Договаривающиеся Государства оказывают друг другу административную помощь при взимании сумм налоговых требований. Такая административная помощь не ограничивается положениями статей 1 и 2 настоящего Соглашения. Компетентные органы Договаривающихся Государств путем согласования могут установить порядок применения настоящей статьи.

(2) Der Ausdruck „Steueranspruch“ im Sinne dieses Artikels bedeutet einen Betrag, der aufgrund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung nicht diesem Abkommen oder anderen völkerrechtlichen Vereinbarungen, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen sowie Vollstreckungskosten und Kosten für Sicherungsmaßnahmen.

(3) Ist der Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird von dem anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung der eigenen Steuern erhoben, als handele es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch dieses anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Dieser andere Staat leitet in Übereinstimmung mit den eigenen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steueranspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen in dem erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Vollstreckung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Bestimmungen über vorrangige Behandlung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Auch hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausbezahlt hat,

a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht

(2) Термин «налоговое требование», в смысле настоящей статьи, означает подлежащую уплате сумму налогов любого вида или наименования, взимаемых от имени Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, в той части, в которой такое налогообложение не противоречит настоящему Соглашению или каким-либо иным международным соглашениям, сторонами которых являются Договаривающиеся Государства, а также относящиеся к такой сумме проценты, административные штрафы, а также расходы на исполнительные или обеспечительные меры.

(3) Если налоговое требование Договаривающегося Государства по законодательству этого Государства может быть исполнено и если оно подлежит уплате лицом, которое согласно законодательству этого Государства в момент исполнения не может препятствовать его исполнению, то такое налоговое требование по запросу компетентного органа этого Государства принимается для целей взимания компетентным органом другого Договаривающегося Государства. Взимание суммы налогового требования осуществляется этим другим Государством в соответствии с положениями его законодательства о принудительном исполнении и взимании собственных налогов, как если бы это налоговое требование являлось налоговым требованием этого другого Государства.

(4) Если налоговое требование Договаривающегося Государства является требованием, в отношении которого это Государство может в соответствии с его законодательством издавать меры по обеспечению взимания, то такое налоговое требование по запросу компетентного органа этого Государства принимается для целей принятия обеспечительных мер компетентным органом другого Договаривающегося Государства. Это другое Государство принимает обеспечительные меры в отношении такого налогового требования в соответствии с положениями его законодательства, как если бы это налоговое требование являлось налоговым требованием этого другого Государства, даже в том случае, когда налоговое требование в момент принятия таких мер в первом упомянутом Государстве не может быть исполнено или если оно подлежит уплате лицом, которое вправе препятствовать его исполнению.

(5) Несмотря на положения пунктов 3 и 4 настоящей статьи, налоговое требование, принятое Договаривающимся Государством для целей пункта 3 или 4 настоящей статьи, как таковое в этом Государстве не подлежит срокам давности или положениям о первоочередном рассмотрении налогового требования согласно законодательству этого Государства. Кроме того, налоговое требование, принятое Договаривающимся Государством для целей пункта 3 или 4 настоящей статьи, не имеет в этом Государстве того же преимущественного статуса, которым это налоговое требование отличается по законодательству другого Договаривающегося Государства.

(6) Правовые процедуры на предмет наличия, действительности или суммы налогового требования Договаривающегося Государства не могут возбуждаться в судах или административных органах другого Договаривающегося Государства.

(7) Если соответствующее налоговое требование в период с момента представления Договаривающимся Государством запроса в соответствии с пунктом 3 или 4 настоящей статьи и до осуществления другим Договаривающимся Государством взимания суммы соответствующего налогового требования и её перечисления первому упомянутому Государству:

a) применительно к запросу согласно пункту 3 настоящей статьи утрачивает характер налогового требования первого упомянутого Государства, которое по законодательству этого Государства может быть

dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, oder

- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und setzt das Ersuchen nach Wahl des anderen Staates aus oder nimmt es zurück.

(8) Die Bestimmungen dieses Artikels sind nicht so auszu-legen, als ob ein Vertragsstaat verpflichtet würde,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung (ordre public) widersprechen;
- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder Sicherung seines Steueranspruchs, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;
- d) Amtshilfe zu leisten, wenn der Verwaltungsaufwand für diesen Staat im Vergleich zum sich daraus ergebenden Vorteil für den anderen Vertragsstaat unverhältnismäßig hoch ist.“

Artikel 3

Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen erhält folgende Fassung:

„6. Zu Artikel 26:

- a) Die empfangende Stelle kann die Daten in Übereinstimmung mit Artikel 26 Absatz 2 nur zu dem von der übermittelnden Stelle angegebenen Zweck verwenden und unterliegt dabei den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen und mit Artikel 26 in Einklang stehenden Bedingungen.
- b) Die Informationen können für andere Zwecke ohne die in Artikel 26 Absatz 2 Satz 4 vorgesehene vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staates nur verwendet werden, wenn eine solche Verwendung zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder für bedeutende Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Staates unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig; ein durch die zweckändernde Verwendung der Informationen entstandener Schaden ist zu ersetzen.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten und ihre voraussichtliche Erheblichkeit im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 und die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Voraussichtlich erheblich sind die Daten,

ispolneno i podležit uplate ličom, kotore v moment ispolnenija ne mozet prepyatstvovat' ego ispolneniju, ili

- b) применительно к запросу согласно пункту 4 настоящей статьи утрачивает характер налогового требования первого упомянутого Государства, в отношении которого это Государство может согласно его законодательству принимать меры по обеспечению взимания,

компетентный орган первого упомянутого Государства незамедлительно уведомляет компетентный орган другого Государства о таком факте, и, в зависимости от выбора другого Государства, приостанавливает либо аннулирует свой запрос.

(8) Положения настоящей статьи никоим образом не должны истолковываться как налагающие на Договаривающееся Государство обязательство:

- a) проводить административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) проводить меры, которые бы противоречили общественному порядку (ordre public);
- c) оказывать административную помощь в случаях, когда другое Договаривающееся Государство не исчерпало любые соответствующие меры по взиманию или принятию обеспечительных мер в отношении к своему налоговому требованию, возможные согласно его законодательству или административной практике;
- d) оказывать административную помощь, когда административные расходы этого Государства в сопоставлении с пользой, которую получает другое Договаривающееся Государство от этой помощи являются несоразмерно высокими».

Статья 3

Пункт 6 Протокола к Соглашению между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество от 7 сентября 1999 года изложить в следующей редакции:

«6. К статье 26:

- a) Принимающее учреждение может пользоваться сведениями в соответствии с положениями пункта 2 статьи 26 только в указанных передающим учреждением целях и подлежит при этом предусмотренным передающим учреждением и соответствующим статье 26 условиям.
- b) Информация без предусмотренного предложением 4 пункта 2 статьи 26 предыдущего согласия компетентного органа передающего Государства может быть использована для иных целей лишь в тех случаях, если такое использование необходимо для предотвращения существующей в конкретном случае непосредственной опасности для жизни, физической неприкосновенности или личной свободы лица либо для значительных имущественных ценностей и в случаях, не терпящих отлагательства. В данном случае следует незамедлительно обратиться в компетентный орган передающего Государства с просьбой о последующем санкционировании изменения цели. В случае отказа санкционирования, дальнейшее использование информации для иных целей недопустимо; возникший в связи с использованием информации для иных целей ущерб подлежит возмещению.
- c) Передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений и за их возможной существенностью в смысле пункта 1 статьи 26, а также за их адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. Сведения являются,

wenn im konkreten Fall die ernstliche Möglichkeit besteht, dass der andere Vertragsstaat ein Besteuerungsrecht hat, und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats bereits bekannt sind oder dass die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats ohne die Information von dem Gegenstand des Besteuerungsrechts Kenntnis erlangt. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.

- d) Auf Ersuchen unterrichtet die empfangende Stelle die übermittelnde Stelle im Einzelfall über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
- e) Die empfangende Stelle hat den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle zu informieren. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt.
- f) Der Betroffene ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über deren vorgesehene Verwendung zu unterrichten. Buchstabe e Satz 2 gilt entsprechend.
- g) Wird jemand im Zusammenhang mit Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts ihres Staates. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. In jedem Fall sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- j) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.“

Artikel 4

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation. Dieses Protokoll tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Protokoll in Kraft tritt, anzuwenden.

Artikel 5

Dieses Protokoll ist Bestandteil des Abkommens und tritt am selben Tag wie das Abkommen außer Kraft.

возможно, существенными, если в конкретном случае существует серьезная возможность, что другое Договаривающееся Государство располагает правом налогообложения, и нет основания для того, что эти сведения уже известны компетентному органу другого Договаривающегося Государства и для того, что без передачи информации компетентный орган другого Договаривающегося Государства не узнает о предмете налогообложения. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежащие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.

- d) Принимающее учреждение в конкретном случае ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- e) Принимающее учреждение информирует заинтересованное лицо о сборе сведений передаваемым учреждением. Предоставление информации не обязательно, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказаться от выдачи информации превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в получении информации.
- f) По заявлению заинтересованному лицу выдается информация о передаче касающихся его данных, а также о предполагаемых целях их использования. Положения второго предложения пункта e) применяются соответственно.
- g) Если кому-либо в связи с передачей сведений в рамках обмена информацией по настоящему Соглашению противоправно причиняется ущерб, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с национальным законодательством своего государства. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица сослаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждение.
- h) Передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
- i) Если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Во всех случаях, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.
- j) Передающее и принимающее учреждения обязаны охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право».

Статья 4

Настоящий Протокол подлежит ратификации. Настоящий Протокол вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах с 1 января календарного года, последующего за календарным годом, в котором Протокол вступил в силу.

Статья 5

Настоящий протокол является неотъемлемой частью Соглашения и прекратит свое действие с даты прекращения действия Соглашения.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

В удостоверение чего, нижеподписавшиеся, соответствующим образом на то уполномоченные, подписали настоящий протокол.

Geschehen zu Berlin am 14. Oktober 2014, in zwei Urschriften, jede in deutscher, usbekischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des usbekischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Совершено в городе Берлин 14 октября 2014 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, узбекском и русском языках, причем все тексты имеют одинаковую силу. При различном толковании немецкого и узбекского текстов, текст на русском языке будет считаться определяющим.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Steinmeier

Für die Republik Usbekistan
За Республику Узбекистан
Kamilow

Denkschrift

I. Allgemeines

Das in Berlin am 14. Oktober 2014 unterzeichnete Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Änderungs- und Ergänzungsprotokoll) aktualisiert das genannte Abkommen und das dazugehörige Protokoll (BGBl. 2001 II S. 978, 979, 999).

Das Änderungs- und Ergänzungsprotokoll orientiert sich an Artikel 26 und 27 des OECD-Musterabkommens. Nach Artikel 1 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls wird Artikel 26 des geltenden deutsch-usbekischen Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) an den OECD-Standard 2005 angepasst und damit die Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen verbessert. In Artikel 2 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls werden Regelungen zur Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern nach dem aktuellen OECD-Standard eingeführt. Artikel 3 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls enthält aktualisierte Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten. Artikel 4 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls regelt dessen Inkrafttreten.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel ändert Artikel 26 des geltenden DBA und regelt den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem OECD-Standard 2005. Er bezieht sich auf Informationen, die zur Durchführung des deutsch-usbekischen DBA oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten zur Verwaltung und Durchsetzung betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung voraussichtlich erheblich sind.

Durch die Neuregelung wird ein effektiverer Informationsaustausch eingeführt. Dies bedeutet, dass für die Besteuerung relevante Informationen, die anderweitig nicht

beschafft werden können, vom ersuchten Staat beschafft und an den anfragenden Staat übermittelt werden müssen. Beide Vertragsstaaten verpflichten sich hierbei unverändert, dass der Informationsaustausch nicht der Erteilung der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) widersprechen darf. Künftig kann ein Informationsaustausch von einem Vertragsstaat nicht nur deshalb abgelehnt werden, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat. Das gilt auch für Bankinformationen sowie für Informationen über die Eigentümer von Gesellschaften sowie die Begünstigten intransparenter Rechtsträger.

Zu Artikel 2

Mit diesem Artikel wird ein neuer Artikel 26a in das deutsch-usbekische DBA eingeführt. Dieser regelt die Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem aktuellen OECD-Musterabkommen. Beide Vertragsstaaten verpflichten sich hierbei insbesondere, dass die gegenseitige Amtshilfe nicht der Erteilung der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) widersprechen darf.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel ändert Nummer 6 des Protokolls vom 7. September 1999 zu Artikel 26 des deutsch-usbekischen DBA. Die Vorschriften zum Schutz von personenbezogenen Daten (Datenschutzklausel) werden aktualisiert.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel regelt in Satz 1 die Ratifikation und in Satz 2 das Inkrafttreten des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls.

Hiernach tritt das Änderungs- und Ergänzungsprotokoll am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird für Zwecke des Informationsaustausches ab dem 1. Januar des darauffolgenden Jahres anzuwenden sein.

